RCDS

Wahlzeitung für die Konventswahl

22.1. - 25.1. 1973

LISTE 4 RCDS

Eine historische Begegnung

von Ephraim Kishon

Das Bedürfnis, die Menschheit zu retten, notfalls auch gegen ihren Willen, ist eine typisch jüdische Eigenschaft. Besonders deutlich trat sie bei einem Rabbinersohn aus Trier hervor, der unter dem Namen Karl Marx bekannt wurde. Er träumte von der Gleichheit aller Menschen, von klassenloser Gesellschaft, von Produktion ohne Ausbeutung und von anderen schönen Dingen, die sich als undurchführbar erwiesen haben - abgesehen von einigen Ausnahmen in Galiläa und im Negev.

Unlängst hatte ich in Haifa zu tun und machte in einem Einkehrgasthaus halt, um einen kleinen Imbiß zu nehmen. Am Nebentisch sah ich einen älteren Juden in kurzen Khakihosen sitzen. Ein nicht alltäglicher, aber noch kein besonders aufregender Anblick. Erst der buschige graue Vollbart machte mich stutzig. Überhaupt kam mir die ganze Erscheinung sonderbar bekannt vor. Immer sonderbarer und immer bekannter. Wäre es möglich...?

"Entschuldigen Sie". Ich trat an seinen Tisch. "Sind wir einander nicht irgendwo begegnet?"

"Kann sein", antwortete der ältere Jude in den kurzen Khakihosen. "Wahrscheinlich bei irgendeinem ideologischen Seminar. Da stößt man manchmal auf mich. Mein Name ist Marx. Karl Marx".

"Doch nicht... also doch! Der Vater des Marxismus?"

Das Gesicht des Alten leuchtete auf:

"Sie kennen mich?" frage er errötend. "Ich dachte schon, daß mich alle vergessen hätten".

"Vergessen? Aber keine Spur! Proletarier aller Länder, vereinigt euch!"
"Wie bitte?"
"Ich meine - wissen Sie nicht - Proletarier aller Länder - "

"Ach ja, richtig. Irgend so etwas habe ich einmal... ja, ich erinnere mich. Kam damals bei den Massen ganz gut an. Aber das ist schon lange her. Nehmen Sie Platz".

Ich setzte mich zu Karl Marx. Vor Jahren, drüben in der alten Heimat, hatte ich ihn studiert. Besonders gut wußte ich über den "Zyklen-Charakter ökonomischer Krisen" und über das "Ende des Monopolkapitalismus" Bescheid. Es war ein unverhofftes Erlebnis, dem Schöpfer dieser großartigen Theorien jetzt persönlich zu begegnen. Er sah zerknittert und verfallen aus, viel älter, als es seinen 130 Jahren entsprochen hätte. Ich wollte etwas zur Hebung seiner Laune tun.

"Vorige Woche war in der Wochenschau Ihr Bild zu sehen," sagte ich.

"Ja, man hat mir davon erzählt. In China, nicht wahr?"

"Beim Maiaufmarsch in Peking. Mindestens eine halbe Million Menschen. Sie trugen große Bilder von Ihnen und Mao Tse-tung".

"Mao ist ein netter Junge", nickte mein Gegenüber. "Vor ein paar Wochen hat er mir sein Photo geschickt".

Behutsam holte der Patriarch ein Photo im Postkartenformat hervor. Es zeigte Maos Kopf und eine handschriftliche Widmung: "Lekowed mein

(Fortsetzung siehe vorletzte Seite)

ACHTUNG - ACHTUNG - ACHTUNG - ACHTUNG - ACHTUNG - ACHTUNG - ACHTUNG

WIR SIND UMGEZOGEN! AB SOFORT SIND WIR TÄGLICH VON 12 - 14 UHR IM HAUPTGEBÄUDE DER TH, ERDGESCHOSS-MITTELGANG, RAUM 92, ANZUTREFFEN.
INTERESSIERTE SIND ZU UNSEREM TREFF HERZLICH EINGELADEN!
RCDS - HOCHSCHULGRUPPE

Berthold Müller

HOCHSCHULREFORM OHNE STUDENTEN ?

Der RCDS setzt sich für einen engagierten studentischen Beitrag zur Reform des Ausbildungs- und Wissenschaftsbetriebs der Hochschule ein.

Es ist zweifellos ein studentisches Verdienst, durch Analyse der bestehenden Misere, durch Aufklärung und Mobilisierung der Studentenschaft und durch spektakulären Protest in der Öffentlichkeit die Notwendigkeit einer grundlegenden Reform der Hochschule und des gesamten Bildungsbereichs unserer Gesellschaft deutlich aufgezeigt zu haben, gleichgültig welche weitergehenden politischen Ziele dabei auch im Spiele gewesen sein mögen. Gleichzeitig wurde mit der hartnäckig geforderten Öffentlichkeit und paritätischen Mitbestimmung der Studenten in allen relevanten Gremien der Anspruch erhoben, an dieser Reform entscheidend mitzuwirken.
Wenngleich diese Forderungen bis heute noch nicht vollständig erfüllt sind (und deshalb weiter auf der Tagesordnung bleiben), so ist andererseits festzustellen, daß überall dort, wo eine effektive studentische Mitarbeit inzwischen möglich erschien, die Praxis der studentischen Mitarbeit diesem Anspruch in keiner Weise gerecht wurde. Dies hat mehrere Gründe:

1. Der zähe Widerstand hauptsächlich des reformunwilligen Teils der Professorenschaft, endlose Kompetenzstreitereien, organisatorische Mängel und andere zutage tretende Krankheiten der akademischen Selbstverwaltung zerbrachen viele Illusionen über eine schnelle und tiefgehende Reform.

2. Härter noch traf es die in ihrer Mehrheit linken Studentenvertreter: Da nun offensichtlich ein demokratischer Reformprozeß "kontinuierliches Steineklopfen" (Böhme), bedeutet, ist mit einem "revolutionären" Konzept im Handstreich nichts zu machen. Demokratische Gremien, bleiben sie funktionsfähig, taugen nicht zu Vehikeln einer revolutionären Politik. Vielleicht war der frühere linke Gremienboykott auch Ausdruck dieser Erkenntnis.

3. Der jämmerliche Zustand der völlig desorganisierten, funktionsunfähigen Organe der verfaßten Studentenschaft tat ein übriges: Ohne permanente organisatorische Antriebe und Koordination, ohne Verbindung zur studentischen Basis, ohne ein erarbeitetes langfristiges Konzept, ohne breite Diskussion, büßte die studentische Mitarbeit viel an Effizienz und Glaubwürdigkeit ein. Es ist schon tragikomisch: die einmal durch studentische Initiative wenn auch schwerfällig in Gang gekommene Reform läuft heute vielfach ohne entscheidende studentische Beteiligung und darum oft an den studentischen Interessen vorbei ab.

Der RCDS geht deshalb davon aus, daß organisatorisch und inhaltlich ein Neubeginn studentischer Politik in den Gremien (und nicht nur dort!) dringend notwendig ist. Die von Gestern, AStA nebst Symphathisantengruppen, werden es nicht schaffen und vielleicht wollen sie es auch nicht mehr. Es ist deshalb wichtig, daß solche Leute zum Zuge kommen, die eine wirkliche Alternative zur Schlamperei, zur sattsam bekannten undemokratischen Praxis des AStA-Klüngels und seiner "Nichtpolitik" der vergangenen 2 Jahre bieten.

Berthold Müller, Jörg Ott, Hans-Jürgen Schuster

SOZIALE SITUATION

Bildung und Ausbildung in einem sozialen und demokratischen Rechtsstaat müssen emanzipatorischen Charakter haben: Sie haben Voraussetzungen für eine freie Entfaltung der Persönlichkeit und für die Entwicklung eines gesellschaftlichen Bewußtseins zu schaffen. In diesem Sinne garantiert unsere Verfassung das Recht des einzelnen auf Bildung und Arbeit und beinhaltet damit zugleich die Verpflichtung des Staates das Mögliche zu tun, den einzelnen zur Wahrnehmung seiner Rechte zu befähigen.

Wie sehr nun aber die Wahrnehmung des Rechts auf Bildung u.a. schon von rein materiellen Voraussetzungen abhängt, zeigt z.B. die ungleiche Verteilung der Angehörigen verschiedener sozialer Schichten an den Hochschulen: Nur ca. 20% der Kinder aus sozial schwachen Schichten (Arbeiter, kleine Angestellten, Kleinbauern) studieren. Das bedeutet, der Verfassungsauftrag gemäß Artikel 3 GG ist nicht erfüllt; das Sozialstaatlichkeitsprinzip (keine kulturelle Unterdrückung oder materielle Benachteiligung irgendeiner gesellschaftlichen Gruppe oder Schicht) versagt, insoweit hier (im tertiären Bereich) keine soziale Chancengleichheit gegeben ist.

Als nächstliegende und kurzfristig zu lösende Aufgabe ist dem Staat darum aufgegeben, die materiellen Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß niemandem - und das betrifft vor allem die Angehörigen sozial schwacher Schichten - infolge mangelnder Ausbildungsmöglichkeiten und unzureichender finanzieller Förderung in seinem Recht auf Bildung (und Arbeit) eingeschränkt wird, wie dies heute noch sehr oft der Fall ist.
Natürlich hat ein umfassendes sozialpolitisches Programm auch andere wesentliche Ursachen der Chancenungleichheit zu berücksichtigen. Ein durch mangelnde Aufklärung bedingter unterentwickelter Wille zur Fortbildung und milieubedingt schlechtere Bildungsvoraussetzungen können nur durch umfassende staatliche Anstrengungen im gesamten Bildungsbereich langfristig beseitigt werden. Allgemeine vorschulische Intelligenzförderung, breites Angebot von Förderstufen in den Grundschulen, Reform des Berufsschulwesens und der Lehrlingsausbildung, Intensivierung der Berufsfortbildung, Ausbau des Fernstudiums sind weitere notwendige Maßnahmen, welche der sozialen Verpflichtung des Staates allen Auszubildenden gegenüber entsprechen.

Wenn wir hier nur von studentischer Sozialpolitik sprechen, so bedeutet dies also, im Gesamtrahmen sozialpolitischer Überlegungen Forderungen zur Besserung der sozialen Lage der Studenten zu erheben; was aber keinesfalls heißt, daß hier für eine bestimmte gesellschaftliche Gruppe ein besonderer elitärer Anspruch erhoben und Privilegien gefordert werden sollen. Studentische Sozialpolitik zielt in ihren Forderungen vielmehr darauf ab, eine durch Wohnmisere und unzureichende materielle Sicherung gekennzeichnete Ausnahmesituation des Studenten in der Gesellschaft abzubauen, (eng damit zusammenhängend sind auch das mangelnde studentische Selbstverständnis und die oft verständnislose Haltung der Bevölkerung Auszubildenden gegenüber zu nennen) welche der emanzipatorischen Funktion seiner Ausbildung entgegensteht.

In dem dadurch gesteckten Rahmen erhebt der RCDS in Darmstadt (und auch bundesweit) in seinem sozialpolitischen Sachprogramm vorrangig Forderungen zum Problem des studentischen Wohnens und der Ausbildungsförderung. Die in den folgenden Darlegungen gekürzt und auszugsweise wiedergegebenen Sachforderungen gehen im wesentlichen auf Beschlüsse der orentlichen Bundesdelegiertenversammlung des RCDS in Oldenburg zurück.

I. <u>Ausbildungsförderung</u> (siehe dazu auch RCDS-Info-Flugblatt zum BAFÖG)

Dem derzeitigen Konzept der Ausbildungsförderung (siehe BAFöG) legte der Gesetzgeber das Subsidiaritätsprinzip zugrunde. Die Förderung ist nicht kostendekkend und die Vergabe der Förderungsmittel zudem von der materiellen Situation der Familie abhängig gemacht. Dadurch ist der Student in der Regel immer auf eine teilweise, sehr oft aber auf die ausschließliche Unterstützung durch seine Familie angewiesen; es sei denn, er erkauft sich seine finanzielle Unabhängigkeit durch Nebenverdienst, was seinem Studium in jedem Fall schadet und ihn nicht selten physisch und psychisch so belastet, daß er sein Studium abbrechen muß. Durch diese finanziellen Zuwendungen und durch völlig unrealistische Steuerfreibeträge werden vor allem sozial schwache Familien äußerst hart belastet. Andererseits ist die materielle Abhängigkeit des Studierenden von seiner Familie seiner freien Entfaltung eben nicht gerade zuträglich. Die Familienabhängigkeit der jetzigen Ausbildungsförderung steht auch im Gegensatz zur Ausbildungswirklichkeit, denn Ausbildung im tertiären Bereich findet heute auch räumlich weitgehend getrennt von der Familie statt. Weiterhin widerspricht es dem Prinzip der Gleichheit, wenn die Vergabe von Förderungsmitteln an besondere, nur vom Bewerber zu erbringende Leistungsnachweise gebunden ist, was wieder Studenten aus sozial schwachen Schichten einem zusätzlichen Leistungsdruck unterwirft. Eine zukunftsorientierte Ausbildungsförderung muß deshalb darlehensfrei, kostendeckend und im Tertiärbereich familienunabhängig sein. Das BAFöG erfüllt diese Forderungen weitgehend nicht.

Der RCDS hat darum in einer bundesweiten Aktion die Bundesregierung aufgefordert:

1. ein Konzept für eine familienunabhängige und kostendeckende Ausbildungsförderung zu entwickeln. Dies erfordert jedoch gleichzeitig eine Reform des Steuerrechts und ein neues System des Familienlastenausgleichs
2. durch erste kurzfristige Maßnahmen zu zeigen, daß sie gewillt ist, dieses Konzept zu verwirklichen und deshalb
   a) den Höchstförderungsbeitrag auf DM 620,-- festzulegen,
   b) den Steuerfreibetrag der Eltern auf DM 1.200,--,
   c) den Freibetrag des Ehegatten mit DM 750,-- anzusetzen,
   d) den Freibetrag jedes Kind in der Ausbildung mit DM 300,-- anzusetzen
   c) und diese Beträge zu dynamisieren.

   Natürlich sind damit unsere grundsätzlichen Forderungen noch lange nicht erfüllt, aber immerhin könnte ein erster solcher Schritt manche Härte beseitigen und eine umfassende Neuorientierung der Ausbildungsförderung einleiten.

II. <u>Studentisches Wohnen</u>

Seit Jahren besteht in fast allen Hochschulstädten, so auch in Darmstadt eine offene oder versteckte Wohnungsnot für Studenten. Offen dort, wo ein Teil der Studenten gar keine Zimmer mehr bekommen kann, und versteckt wo dies nur unter teilweise unzumutbaren Bedingungen möglich ist: entweder weil sich die Studenten mit den letzten Kellerlöchern oder Mansarden zufrieden geben oder für die Zimmer Wucherpreise zahlen müßen. Diese Wohnungsnot erweist sich immer mehr als ein sozialer Numerus Clausus. Besonders betroffen sind verheiratete Studierende, vor allem mit

Kindern, und ausländische Studenten.

Die bestehenden Wohnheime andererseits schaffen durch ihre räumliche Lage und Bauweise oft ein Wohnghetto: Kontakt mit der umwohnenden Bevölkerung ist praktisch nicht möglich und die soziale Isolierung der Studenten von der Bevölkerung wird dadurch noch vergrößert. Ja, die "Studentensilos" mit ihrem monotonen Wohnbereich (lange Flure mit Einzel- und Doppelzimmern, Buben und Mädchen wie im Internat fein säuberlich getrennt) und räumlich ausgegliederten, zudem falsch angelegten "Gemeinschaftseinrichtungen" behindern selbst die Kommunikation unter den Bewohnern und leisten der Vereinzelung nur weiteren Vorschub.

Neuplanungen müssen darum von einem modernen Konzept studentischen Wohnens ausgehen, welches an studentischen Bedürfnissen orientiert ist, indem es die Möglichkeit verschiedener Wohnformen mit integrierten Kommunikationsmöglichkeiten realisiert:

1. Wie bisher individuelles Wohnen mit ungestörter Einzelarbeit.

2. Ermöglichen von Gruppenbildung (Wohn- und/oder Arbeitsgemeinschaften) in jeder Form und unterschiedlicher Größe: für Ehepaare, Kleinfamilien, Mehrfamilienwohngemeinschaften, und Möglichkeit zu Gruppenwechsel.

3. Vermeidung der Ghettosituation durch räumliche, funktionale und soziale Integration mit der Umgebung. An dieser Stelle ist die vorliegende, verbesserte Planung für das Wohnheimprojekt "Karlshof" in Darmstadt als ein beispielhafter Schritt in dieser Richtung zu nennen.

A. <u>Wohnheimbau</u>

1. Bereitstellung von Wohnheimplätzen für 40% der Studierenden.

2. Erhöhung der Bundes- und Ländermittel, um den Nachholbedarf aufzufangen. Erhöhung des Volumens um jährlich 10%, um bis 1980 für 40% der Studiernden Wohnheimplätze zur Verfügung zu haben.

3. Die Länder werden aufgefordert, sich den NRW-Plan anzuschließen und durch Fondsgesellschaften den Wohnheimbau zu fördern.

4. 25% der Plätze sind für Studentenehepaare einzurichten. Beim Neubau von Wohnheimen sind daher gleichzeitig Kindertagesstätten (evtl. Berücksichtigung der Mitbenutzung durch die umwohnende Bevölkerung) zu errichten.

5. Beim Bau von Wohnheimen ist besonders auf die Lage zu achten. Es dürfen keine Wohnghettos entstehen. Kontaktmöglichkeiten, z.B. durch gemeinsame Nutzung von Spielplätzen, Freizeiteinrichtungen, Café, Kneipe, Kindergärten und Läden sind mit einzuplanen.

6. Die Studentenwohnheime sind auch anderen sich in der Ausbildung befindlichen Gruppen zugänglich zu machen. Der RCDS wird sich für eine Änderung der entsprechenden Vorschriften einsetzen.

7. Bei der Belegung der Wohnheime ist die schwierige Situation der ausländischen Studenten zu berücksichtigen.

8. Bei der Konzeption der Wohnheime sind Studierende an der Gestaltung zu beteiligen.

9. Der Wohnheimbau ist in das Hochschulbauförderungsgesetz einzubeziehen. Bei Hochschulkapazitätserweiterungen muß der entsprechende Teil an neuzuschaffenden Wohnmöglichkeiten eingeplant werden.

B. <u>Privatwohnungen</u>

1. Über die Studentenwerke als Hauptmieter sollen im freien Wohnungsmarkt Wohnungen angemietet, und mit angemessenen Zuschüssen versehen, an die Studiernenden weitervermietet werden.

2. Der Bau von Studentenzimmern und Studentenwohnungen im Rahmen des privaten Bauens ist durch verstärkte Vergabe von Darlehen und Zuschüssen aus öffentlichen Mitteln und durch Verbesserung von Vergabemitteln zu fördern.

3. Um unseriösen Maklern das Handwerk zu legen, werden in den Hochschulstädten kommunale zentrale Zimmervermittlungsstellen durch die Städte eingerichtet, die Hand in Hand mit den studentischen Selbsthilfeeinrichtungen arbeiten.

C. <u>Zusätzliche Maßnahmen</u>

1. Die Studierenden werden in den Kreis der Wohngeldberechtigten einbezogen.

2. Der Studentenwohnheimbau ist in den sozialen Wohnungsbau einzugliedern.

In Bezug auf die Darmstädter Situation erhebt der RCDS der THD folgende Forderungen:

1. Sofortiger Beginn mit dem Bau des Wohnheimprojektes "Karlshof" nach den nunmehr vorliegenden verbesserten Plänen.

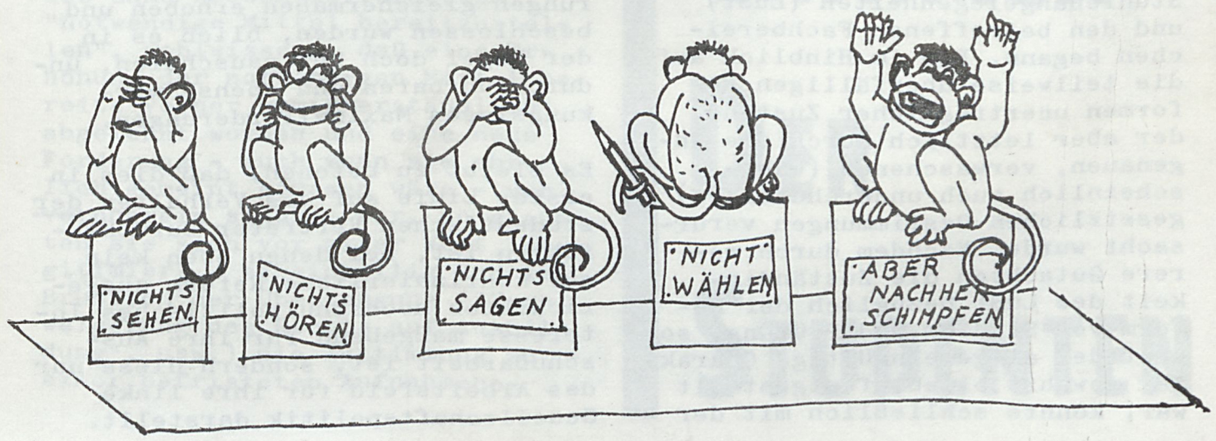
2. Beginn einer vorausschauenden Planung eines weitern Wohnheimes an geeigneter Stelle unter Verwertung der Karlshofpläne, um zukünftigen Bedarf zu decken.

3. Vermehrten Anmieten von Wohnungen und Zimmer durch das Studentenwerk und deren Weitervermietung zu sozialen Mieten an Studierende zur kurzfristigen Lösung von Wohnungsnot.

4. Intensive Zusammenarbeit des Studentenwerks mit der kommunalen Wohnungsvermittlungsstelle der Stadt Darmstadt.

5. Bessere Unterstützung der ausländischen Studenten bei der Beschaffung von Wohnraum z.B. durch Kontakte zu Mieter- und Vermieterverbänden, durch Einrichtung von Kontaktgesprächen zwischen Vermietern und zimmersuchenden ausländischen Studenten.

KENNST DU DIE ...?



Siegfried Kremer

KONVENTSAUSSCHUSS FÜR LEHR- UND STUDIENANGELEGENHEITEN

Einige praktisch-politische Probleme der Hochschulreform soll exemplarisch der folgende kurze Erfahrungsbericht unseres Mitglieds im Konventsausschuß für Lehr- und Studienangelegenheiten, Siegried Kremer, aufzeigen:

Am 16.6.1971 fand die konstituierende Sitzung des Ständigen Ausschusses für Lehr- und Studienangelegenheiten (Ausschuß I) statt.

Dieser Konventsausschuß, besetzt mit 3 Professoren (Eyferth, Habermehl, Hosemann), 2 Assistenten (Heumann, Ekardt) und 3 Vertreter der Studentenschaft (Kremer, Breithaupt, Gronau), nahm damit seine nicht immer glückliche Tätigkeit auf. Hauptaufgabe des Ausschusses sollte es sein, die Lehr- und Studienreform an der THD voranzutreiben, insbesondere durch die Entwicklung geeigneter Rahmenrichtlinien zur Neugestaltung von Studien- und Prüfungsordnungen.

Erstaunlich war es zu sehen, wie schon bald ein recht kleinkariertes Hin- und Hergeziehe von vermeindlichen Rechten und Zuständigkeiten zwischen dem Ständigen Ausschuß für Lehr- und Studienangelegenheiten (LuSt) und den betroffenen Fachbereichen begann. Ein im Hinblick auf die teilweise überfälligen Reformen unerträglicher Zustand, der aber letztlich durch die ungenauen, verwaschenen (wahrscheinlich auch undurchdachten) gesetzlichen Bestimmungen verursacht wurde. Nachdem durch merere Gutachten die Zuständigkeit des LuSt bezüglich der Reform von Studium und Prüfung, soweit der allgemeingültige Charakter gewahrt blieb, festgestellt war, konnte schließlich mit der eigentlichen Arbeit begonnen werden.

Wesentliches Ergebnis ist ein Katalog von Forderungen an die Neugestaltung von Studien- und Prüfungsordnungen, in dem neben einer Berufsfeldanalyse (die, wie die spätere Praxis gezeigt hat, nicht immer zu eindeutig interpretierbaren Ergebnissen führt) ausdrücklich der Praxisbezug des Studiums gefordert wird. Dies ist ein bewußter Schritt weg von einem Ausbildungsziel, wie es auch heute noch nach Humboldt'schem Vorbild in den Köpfen so mancher Professoren und Studenten herumspukt.

Das Studium kann kein Selbstzweck mehr sein. Es muß, will es die immer größer werdenden finanziellen Forderungen an unsere Gesellschaft rechtfertigen, indem es Voraussetzungen für beständigen gesellschaftlichen Fortschritt schafft, auch auf die Bedürfnisse eben dieser Gesellschaft hin ausgerichtet sein. Dieser Prozeß muß, politische und soziale Verhältnisse kritisch reflektierend, endlich eingeleitet werden.

Obwohl diese realen Forderungen von allen Ausschußmitgliedern, also von allen hochschulpolitischen Gruppierungen gleichermaßen erhoben und beschlossen wurden, blieb es in der Regel doch bei pauschalen, undurchführbaren und ebenso wirkungslosen Maximalforderungen.

Es bleibt zu betonen, daß dies in erster Linie auf das Verhalten der studentischen Vertreter zurückzuführen ist, bei denen eben kein auf kontinuierliche Reform ausgerichtetes hochschulpolitisches Interesse maßgebend für ihre Ausschußarbeit ist, sondern diese nur das Arbeitsfeld für ihre linke Gesellschaftspolitik darstellt.

Es ist offensichtlich, daß die linken Vertreter unserer Studentenschaft permanent den Versuch unternehmen hochschulpolitische Probleme und unvermeidlich auftretende Konflikte durch eine ihrem bornierten, realitätsfremden Klassendenken entsprechende, ganz auf die die Aufdeckung und Ausweitung der vermeintlichen Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaft bedachte Politik zu gesellschaftspolitischem Zündstoff werden zu lassen.

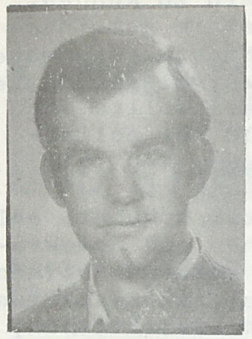
Daß damit die Interessen der Studentenschaft auf denkbar wirkungsvolle Art und Weise geschadet werden kann, läßt sich symptomatisch an folgendem Beispiel zeigen.

Im Herbst 1971 drohte als Folge des von Wiesbaden erlassenen "Ingenieurschulerlasses" der Lehrbetrieb bei den Berufsschullehrern zusammenzubrechen, weil dem entstandenen Mehrbedarf an Sach- und Personalmitteln seitens des Landes Hessen nicht entsprochen wurde (das diese Situation herbeigeführt und letztlich zu verantworten hat).

Obwohl alle Bedarfsanalysen, besonders für das Bauwesen, eine Überproduktion an Berufsschullehrern in Aussicht stellten, andererseits die ordnungsgemäße Weiterbildung der bereits studierenden in erheblichem Maß gefährdet war, verstanden unsere linken Ausschußmitglieder die Interessen der Studenten am besten dadurch zu wahren, daß sie das Land Hessen aufforderten, "notwendige Mittel bereitzustellen", wohlwissend, daß eine Erhöhung der notwendigen Mittel bereits vorher unmißverständlich abgelehnt worden und eine neue Forderung - auch wenn sie ehrlich gemeint gewesen wäre - von vornherein sinnlos war. So glaubten sie sich vor aller Welt legitimiert, scheinheilig und im Brustton der Überzeugung ("Verweigerung des Rechts auf Ausbildung", usw.) die Zustimmung zu einer befristeten Aufnahmebeschränkung verweigern zu können, welche nicht zuletzt im gemeinsamen Interesse der Nichtangenommenen und der Studierenden gelegen hätte. Das entstehende Chaos sollte dann ein klassisches Feld für politische Agitation werden.

Auch Hochschulpolitik braucht, soll sie einen friedlichen und demokratischen Prozeß der Reform bewirken, bei auftretenden Konfliktsituationen den, wenn auch heiß erstrittenen, Kompromiß; den Ausgleich zwischen den Interessen derjenigen die auf schnellen Fortgang der Reform drängen und den spezifischen Interessen der jeweils Betroffenen; den Ausgleich zwischen den gesellschaftlichen und den individuellen Ansprüchen und Bedürfnissen. Kompromisse schließen muß nicht heißen, daß damit grundsätzliche Forderungen und Ziele aus den Augen verloren oder korrumpiert werden. Aber dies ist eben der Preis demokratischer Reform. Das zeigt auch die Arbeit in diesem Konventsausschuß deutlich.

REALE CHANCEN DER STUDENTEN



MÜLLER, Berthold

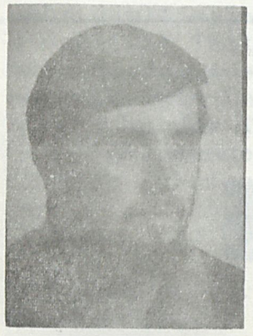
26 Jahre, FB 7 (Ch)
StuPa 67/68
StuPa 70/71
Konvent 71/72
RCDS - Vorsitzender

GRAEFE, Kurt

25 Jahre, FB 18 (NT)
StuPa 70/71
Konvent 71/72
Collegium Politicum
RCDS

WULF, Heike

20 Jahre, FB 10 (Bio)
RCDS



BARTH, Thomas

25 Jahre, FB 16 (MB)
StuPa 70/71
FBK 71/72
RCDS

OTT, Jörg

23 Jahre, FB 5 (MPh)
StuPa 70/71
FBK 71/72
RCDS

PÖSCHL, Wolfgang

21 Jahre, FB 1 (WI)
RCDS

Die Kandidaten des RCDS

SCHUSTER, Hans-Jürgen

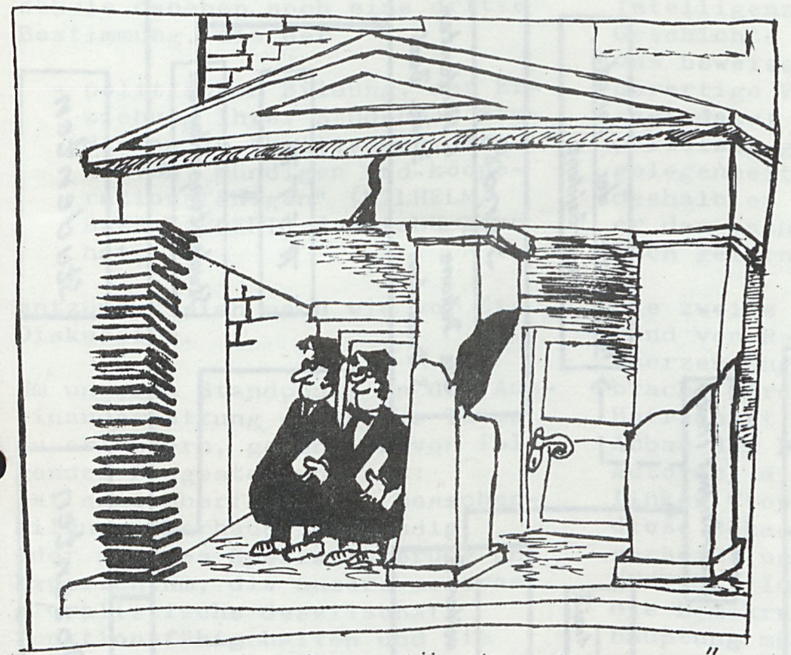
27 Jahre, FB 5 (MPh)
StuPa 70/71
Konvent 71/72
FBK 71/72
RCDS

KREMER, Siegfried

28 Jahre, FB 16 (MB)
StuPa 70/71
Konventsausschuß für Lehr- u. Studienangel. (Ständiger Ausschuß)
RCDS

BRAUN, Berthold

21 Jahre, FB 14 (BI)
RCDS



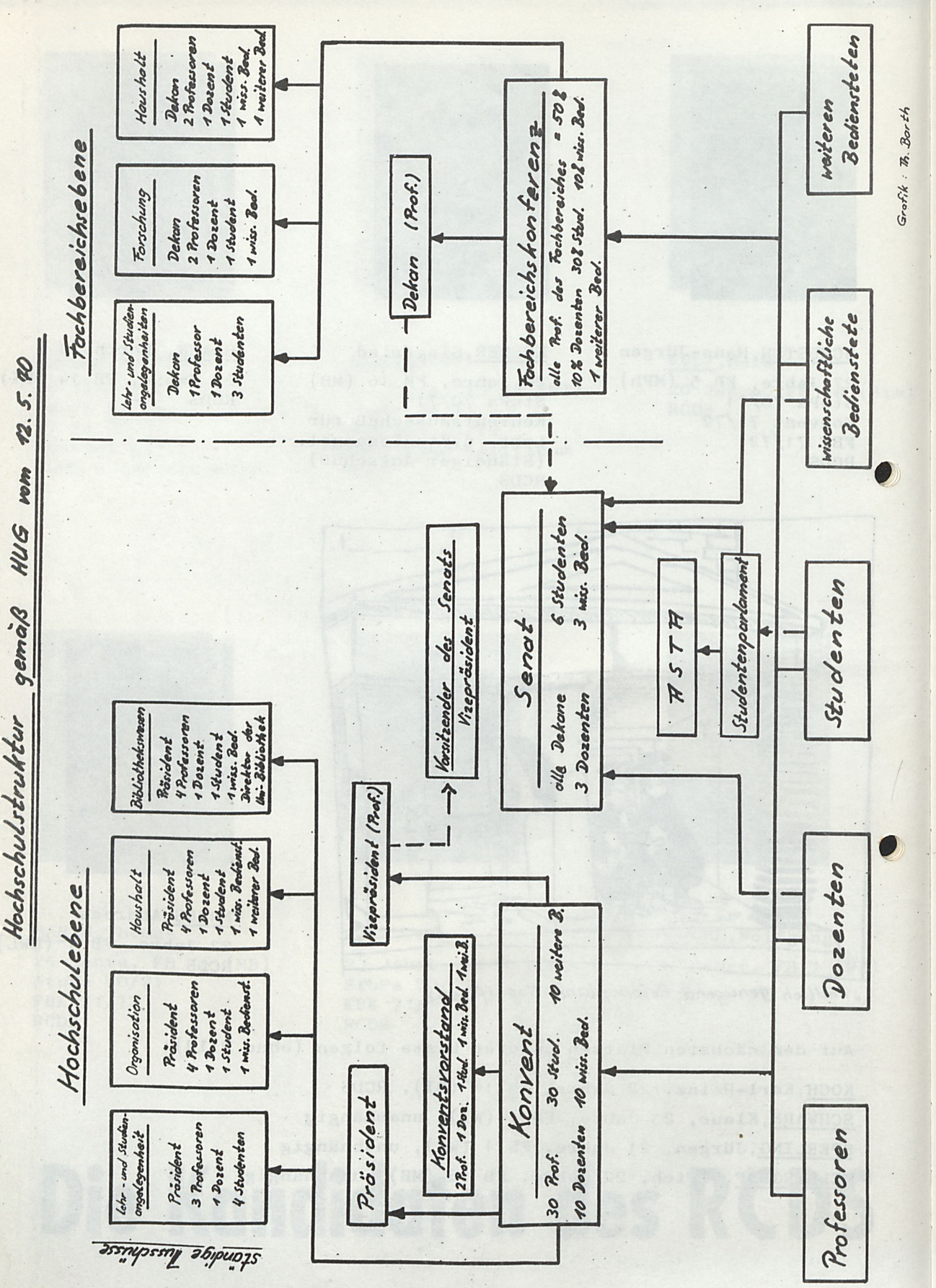
„Endlich genügend Reformpläne, Magnifizenz....."

FRIES, Andreas

22 Jahre, FB 1 (BWL)
RCDS

Auf den nächsten Plätzen unserer Liste folgen (ohne Bild):

KOCH, Karl-Heinz, 22 Jahre, FB 14 (BI), RCDS
SCHWARK, Klaus, 23 Jahre, FB 1 (WI), unabhängig
SPERLING, Jürgen, 21 Jahre, FB 1 (WI), unabhängig
MELLINGHOF, Ulrich, 22 Jahre, FB 16 (MB), unabhängig



HAT DIE HOCHSCHULE EINEN AUSSERWISSENSCHAFTLICHEN BILDUNGSAUFTRAG ?

Zumindest zwei Hauptaufgaben, die die Hochschule in unserer Gesellschaft wahrzunehmen hat, sind in der hochschulpolitischen Debatte heute kaum noch umstritten:

- Die Weiterentwicklung der Wissenschaft durch Forschung und Lehre

- die Ausbildung für wissenschaftliche Massenberufe.

An der Frage jedoch, ob die Hochschule daneben noch eine dritte Bestimmung, die der

- politischen Bildung, der Erziehung ihrer Studenten Studenten zu "kritischen, kreativen, mündigen und kooperationsfähigen" (WILHELM/ BAER-KAUPERT) Staatsbürgern hat,

entzündet sich nach wie vor die Diskussion.

Um unseren Standpunkt in der Auseinandersetzung um dieses Thema zu erläutern, gehen wir von folgender Fragestellung aus:
Ist eine überfachliche Menschenbildung überhaupt notwendig, oder sind es Spezialisierung und Expertentum, die unsere moderne pluralistische Gesellschaft funktionsfähig halten und sie darüberhinaus in Richtung einer humanen Gesellschaft fortentwickeln?

Bevor wir versuchen eine Antwort zu geben, stellen wir zunächst die beiden extremen Positionen gegenüber, die heute in der Kontroverse um dieses Thema vertreten werden.

Einerseits trifft man, gerade auch in Kreisen naturwissenschaftlich-technisch 'Gebildeter', auf die These, daß es in erster Linie das Expertentum und die möglichst hohe fachliche Spezialisierung seien, die unserer Gesellschaft zum Fortschritt verhelfen. Diese These gipfelt oftmals in der Vorstellung, die Fähigkeit zu wissenschaftlichem Denken, die sich ein Student während seiner Ausbildung erwirbt, könne er dann auch auf andere Bereiche des Lebens, so z.B. auf politisch-gesellschaftliche Probleme übertragen.
Allein schon die unselige Rolle, die große Teile der sogenannten Intelligenz im Laufe der deutschen Geschichte gespielt haben, sollte uns beweisen, wie unbegründet eine derartige Vorstellung ist. SEIFFERT sagt dazu: "Der Gelehrte denkt in politisch-gesellschaftlichen Angelegenheiten keineswegs schon deshalb eo ipso 'sachlicher', weil er das sachliche Denken in seinem Fach gelernt hat".

Die zweite Position, die vorwiegend von Repräsentanten linker Überzeugungen in die Diskussion gebracht wird, behauptet nun, die Herrschaft der Experten führe zum Abbau der Demokratie. Aber auch Autoren, die sich ansonsten von linken Utopien distanzieren, haben diese Behauptung aufgegriffen. So verheißt uns z.B. HARTMUT VON HENTIG: "Im Sachverstand erstickt die Demokratie ...". Diese Behauptung mündet meist in dem Anspruch, durch eine vermehrte Mitbestimmung möglichst vieler Bürger in möglichst vielen Bereichen des öffentlichen Lebens diesem Abbau der Demokratie entgegenzuwirken.

Unserer Überzeugung nach lassen sich auf die Dauer die Probleme unserer dynamischen, hocharbeitsteiligen Gesellschaft weder allein von Spezialisten, noch gar durch Abstimmungsergebnisse lösen.

. .

Gehen wir zur Begründung dieser Auffassung der Frage nach, ob mit

der Methode, nach der in unserer pluralistischen Demokratie Ziel- und Interessenkonflikte ausgetragen werden auch die in Zukunft auf die Gesellschaft zukommenden Sachprobleme bewältigt werden können.

Wie werden Konflikte ausgetragen?

Wo immer Menschen zusammenleben, gibt es Konflikte. Sie sind also nicht ein charakteristisches Merkmal etwa des 'kapitalistischen Wirtschaftssystems'. Vielmehr läßt die Art, nach der eine Gesellschaft mit diesen Konflikten fertig wird, darauf schließen, wie groß der Freiheitsspielraum des einzelnen innerhalb des entsprechenden Systems ist.

Exkurs: In einem totalitären System werden derartige Konflikte 'per Erlaß' aus der Welt geschafft. Damit entzieht sich die machtausübende Gruppe gleichzeitig jeglicher öffentlicher Kontrolle. Mündige, kritische Staatsbürger stehen der reibungslosen Funktion eines solchen Systems nur im Wege, müssen also entweder aus- oder gleichgeschaltet werden. Die wichtigsten Aufgaben der "Pädagogik" in totalitären Systemen bestehen deshalb darin, kritisches Denken zu unterbinden und an seine Stelle eine offizielle, allein "wahre" Staatsideologie zu setzen. Dadurch erhofft man sich größtmöglich systemkomformes Verhalten zu "erziehen". Die DDR-Zeitschrift "Pädagogik" schreibt in ihrer Ausgabe vom Juni 1969, der pädagogischen Wissenschaft gehe es um die Leistung eines "praktischen Beitrags in der Auseinandersetzung mit dem Imperialismus, zur Vermittlung der sozialistischen Ideologie und der Ausbildung und Formung eines sozialistischen Verhaltens".

Das Wesen der pluralistischen Demokratie besteht nun gerade darin, daß Interessen- und Zielkonflikte nicht von einem autoritären Machtzentrum "entschieden" werden, sondern daß der Staatsbürger am Prozeß der politischen Willensbildung aktiv teilnimmt. Die pluralistische Demokratie "erlaubt es dem Bürger, seine Interessen kollektiv, in Gruppen und Verbänden wahrzunehmen, erwartet allerdings, daß ein Minimum von regulativen Prinzipien als verbindlich erachtet wird" (W. DETTLING). Dabei stellt letztlich jede Konfliktlösung einen Kompromiß dar, in den die Interessen der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen und Schichten eingehen.
Wir sehen die Kritik am pluralistischen System als wichtig und fördernd, ja geradezu lebensnotwendig für dessen Weiterentwicklung an. Denjenigen jedoch, die im Sinne irgendeiner Idee seine 'Überwindung' fordern, muß entgegengehalten werden, daß dieses System trotz all seiner Mißstände und Unvollkommenheiten seit nunmehr 25 Jahren funktioniert und immerhin - im Gegensatz zu totalitär verfassten Gesellschaften - zu Wohlstand, zu einer Gesellschaft "ohne Arbeitslosigkeit, mit nur marginaler Armut, mit Meinungsfreiheit, Rechtssicherheit und Freizügigkeit ..." (R. LÖWENTHAL) geführt hat.

Funktioniert das pluralistische System auch in Zukunft?

Damit ist jedoch nichts darüber gesagt, ob und unter welchen Bedingungen der Mechanismus der pluralistischen Konsensfindung auch in Zukunft funktionieren wird. Nur eines ist sicher: Werden die Zukunftsprobleme nicht rechtzeitig gelöst, ist der Fortbestand unserer demokratischen Gesellschaft, ja im größeren Rahmen der menschlichen Zivilisation überhaupt, in Frage gestellt. Wer diese Behauptung für übertrieben hält, den erinnern wir daran, daß bereits heute wissenschaftlich-technischer Fortschritt auf vielen Gebieten lebensgefährdende Formen angenommen hat.

Die Lebensfähigkeit des pluralistischen Systems ist an mehrere Grundvoraussetzungen gebunden. Zumindest eine davon, nämlich die, daß

> alle wichtigen Interessen im Prozeß der politischen Willensbildung gebührend berücksichtigt werden müssen

scheint schon heute nicht mehr ohne weiteres erfüllt zu sein. Die immer schnelleren Veränderungen unserer sozialökonomischen Umwelt bringen Sachaufgaben von tiefgehender Bedeutung für die Weiterentwicklung der Gesellschaft mit sich, aus deren Lösung keiner Gruppe der Gesellschaft ein sofort spürbarer Vorteil entsteht. Im Gegenteil: Die Lösung von Aufgaben des Umweltschutzes, der Bildung, der Städte- und Verkehrsplanung verlangen vom einzelnen persönliche Opfer; sie sind mit Unbequemlichkeiten und Konsumverzicht verbunden. Wenn sich aber keine Gruppe der Gesellschaft der Lösung anstehender Probleme annimmt, wachsen diese zwangsläufig immer weiter an. Was das z.B. auf dem Gebiet des Umweltschutzes zur Folge hätte, dürfte sich inzwischen herumgesprochen haben.

Hier nun erhebt sich die erste klare Forderung an unser Erziehungs- und Bildungssystem und damit auch an die Hochschule: Wenn die pluralistische Demokratie überleben soll, muß mit dem Irrtum aufgeräumt werden, daß die Freiheit, die dieses System dem einzelnen läßt, als etwas kostenloses und selbstverständliches anzusehen ist und daß diese Freiheit das Recht auf ein beliebiges Verhalten impliziert. Vielmehr muß klargestellt werden, daß "individuelle Freiheit ausreichende Einsicht in das gesellschaftlich Notwendige erfordert und daß das Bemühen um solche Einsicht mehr Anstrengung von allen verlangt, als es Bequemlichkeit gestattet" (H.-D. ORTLIEB).

Der Experte als "schlechtes Gewissen der Gesellschaft"

Dem Experten wird in Zukunft die Aufgabe zufallen, die Gesellschaft darauf hinzuweisen, was getan oder unterlassen werden muß, um unheilvolle Entwicklungen von der Allgemeinheit abzuwenden oder ihnen vorzubeugen. Die Experten müssen sozusagen als "das schlechte Gewissen der Gesellschaft" fungieren.

Die wirklich sachverständige Urteilsfähigkeit des Fachmanns liegt aber immer nur in einem winzigen Teilbereich unseres Gesamtwissens.

Der schwierige Schritt besteht nun darin, die sachverständig gebildeten Teilaspekte in ein Gesamtkonzept einzuordnen, um daraus für die Politik verbindliche Programme zu entwickeln. Das aber hat der Spezialist nicht gelernt. Versagt er oftmals schon, wenn er Erkenntnisse und Gedanken seines Spezialgebietes anderen Kollegen, die auf anderen Gebieten arbeiten, zugänglich machen soll, so steht er der Aufgabe, aus "Teilaspekten eine auf die soziale Wirklichkeit zutreffende Gesamtschau zu entwickeln" (H.-D. ORTLIEB) vollkommen hilflos gegenüber. Ohne eine derartige Gesamtschau kann aber keine rationale politische Entscheidung zustande kommen.

Fazit

Ohne wissenschaftlich ausgebildete Fachleute, die gleichzeitig auf die Demokratie vorbereitete, kritische, kreative, mündige und kooperationsfähige Staatsbürger sind, können die Sachprobleme unserer Gesellschaft auf die Dauer nicht mehr gelöst werden.

"Wenn die junge Generation ... sich dieser Sachprobleme nicht annimmt und sich weigert, die konkreten Voraussetzungen einer humanen Gesellschaft zu schaffen, dann werden wir in der Tat den 'Fachidioten' ausgeliefert sein" (K.-D. ZIEHMANN) oder diese Entscheidungen "den meist emotionalen Spontanitäten der von jeder Sachkenntnis ungetrübten Laien ... überlassen" (H.-D. ORTLIEB).

Beides würde über kurz oder lang unweigerlich zur Lähmung der pluralistischen Demokratie führen.

→

Wir stellen also fest: Die Hochschule hat in unserer Gesellschaft einen außerwissenschaftlichen Bildungsauftrag.

Wie kann die Hochschule ihren Bildungsauftrag in der Praxis erfüllen?

Die Problematik besteht darin, Methoden zu entwickeln, nach denen dieser Bildungsauftrag in der Praxis erfüllt werden kann. Ginge es lediglich darum, irgendeine Weltanschauung oder "Staatsideologie" zu vermitteln, so könnte das in Form herkömmlicher Lehrveranstaltungen geschehen. Es sollen jedoch menschliche Fähigkeiten gebildet werden: Kritische Urteilsfähigkeit weit über ein Spezialgebiet hinaus, die Fähigkeit sich aktiv für nicht persönliche Belange einzusetzen, die Fähigkeit seine eigenen Vorurteile zu erkennen und abzubauen, die Fähigkeit Toleranz zu üben, indem man andere Standpunkte vorurteilslos aufnimmt und gelten läßt und die Fähigkeit in Kooperation mit anderen anstehende Aufgaben zu lösen; kurz: Die Fähigkeit zu "demokratischem Verhalten".

Wenn ein derartig komplexes Bildungsziel erreicht werden soll ist es nicht damit getan, dem Fachstudium zwei oder drei sozialwissenschaftliche Vorlesungen aufzupfropfen. So sind denn auch alle Versuche in dieser Richtung fehlgeschlagen: Vom "studium generale" über die Einführung eines Pflichtstudiums der Philosophie bis hin zu einem allgemeinen Bildungsgrund- oder Begleitstudium.
Demokratisches Verhalten muß eingeübt werden. Dazu bedarf es neuer Lehr- und Lernformen; so wären z.B. eine Art politischer Diskussionsveranstaltungen denkbar.

Die derzeitige Situation

Die heutige Hochschule leistet ihre außerwissenschaftliche Bildungsaufgabe noch nicht einmal ansatzweise, ja wirkt einer überfachlichen Bildung sogar entgegen. Sie honoriert ausschließlich rein fachliche Leistung. Politisches Engagement dagegen führt in vielen Fällen zu einer Verlängerung der Studienzeit und u.U. zu einem weniger guten Abschluß (und somit geringeren sozialen Chancen). Die Hochschule produziert also letztlich das apolitische Verhalten und die Anfälligkeit ihrer Studenten für die Heilslehren linker Ersatzkirchen selbst.

Literatur:

Baer-Kaupert, Friedrich-Wilhelm: Frieden und Sicherheit als Gegenstand der politischen Bildungsarbeit. In: Europäische Integration-Herausforderung an die politische Bildung, Otzenhausen 1970.

Dettling, Warnfried: Grenzen des Pluralismus. In: Gerd Langguth (Hrsg.): Aspekte zur Reformpolitik. Mainz 1971.

Löwenthal, Richard: Hochschule für die Demokratie. Köln 1971

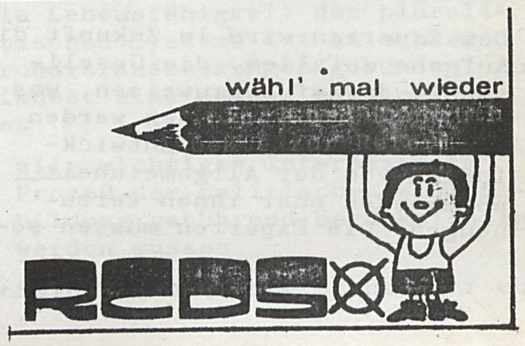
N.N.: Hochschulreform, pädagogische Praxis u. pädagogische Wissenschaft. In: Pädagogik, 6/69.

Ortlieb, Heinz-Dietrich: Die Institutionalisierung der Anarchie. In: Maier, Hans und Zöller, Michael (Hrsg.): Die andere Bildungskatastrophe. Köln 1970.

Seiffert, Helmut: Information über Information. München 1970

v.Hentig, Hartmut: Im Sachverstand erstickt die Demokratie - wider den Priesterhochmut der Experten: In: Die Zeit, 28.2.1969.

Zielmann, Klaus Dieter: Demokratisierung - Zur Krise des Demokratiebegriffs. In: Gerd Langguth (Hrsg.): Aspekte zur Reformpolitik. Mainz 1970.



groissen Rebbe, Chawer Karl Marx, mit groisser Achting-Mao".

"Schade, daß ich nicht Chinesisch verstehe", sagte Marx, während er das Bild wieder in die Tasche steckte. "Mit den Chinesen ist alles in Ordnung. Aber die anderen..."

"Sie meinen die Russen?"

"Bitte den Namen dieser Leute in meiner Gegenwart nicht zu erwähnen! Sind meine bitterste Enttäuschung, 'Pioniere der Weltrevolution' - daß ich nicht lache! Über kurz oder lang wird man sie von den Amerikanern nicht mehr unterscheiden können".

"Meister", wagte ich zu widersprechen. "Sie haben doch selbst in Ihrem 'Kommunistischen Manifest' das Verschwinden aller Gegensätze als eines der Endziele der gesellschaftlichen Entwicklung bezeichnet".

"Ich? Das hätte ich gesagt?"

"Jawohl, Sie. Ganz deutlich. Das Endziel der gesellschaftlichen Entwicklung ist - "

"Eben. Das Endziel. Aber die Entwicklung steht ja erst am Anfang. Zuerst muß man die Kapitalisten mit allen Mitteln bekämpfen und vernichten".

"Und was ist mit der friedlichen Koexistenz?"

"Gibt's nicht. Von friedlicher Koexistenz habe ich nie gesprochen, das weiß ich zufällig ganz genau. Muß eine Erfindung der Kreml-Banditen sein. Die wollen den Kapitalismus dadurch überwinden, daß sie mehr Fernsehapparate erzeugen. Mao hat ganz recht. In Moskau weiß man nicht mehr, was Marxismus ist".

"Und das Moskauer Marx-Lenin-Institut?"

"Ein Schwindel. Dort lesen sie Gedichte über die Schönheit von Mütterchen Rußland. Als ein Student einmal fragte, wie der Sturz des kapitalistischen Systems schließlich zustande kommen würde, antwortete ihm der Instruktor: durch die Einkommensteuer!"

"Vielleicht ist das gar nicht so falsch."

"Und der Klassenkampf? Und die Diktatur des Proletariats? Warum ist man von alledem abgekommen? Es ist eine Schande".

"Trotzdem wurden einige Ihrer Ideen verwirklicht," versuchte ich den alten Herrn zu trösten. "Die Menschheit macht Fortschritte".

"Darauf kommt es nicht an! Das ist purer Revisionismus! Nur die Chinesen wissen, worum es geht. Die werden der Welt den Kommunismus schon beibringen. Die werden Proletarier aus euch machen, daß euch eure eigenen Mütter nicht mehr erkennen".

"Das wird noch einige Zeit dauern".

"Die haben Zeit genug. Zeit und 700 Millionen Menschen. 700 Millionen Marxisten. 700 Millionen Beweise für meine im 'Dialektischen Materialismus' aufgestellte These, daß der Umschlag der Quantität in Qualität... einerseits durch den ideologischen Überbau... andererseits durch den ökonomischen Unterbau... regulative Funktion... offen gestanden: mir ist niemals klar geworden, was ich da sagen wollte. Aber die Chinesen haben die Atombombe. Das ist die Hauptsache".

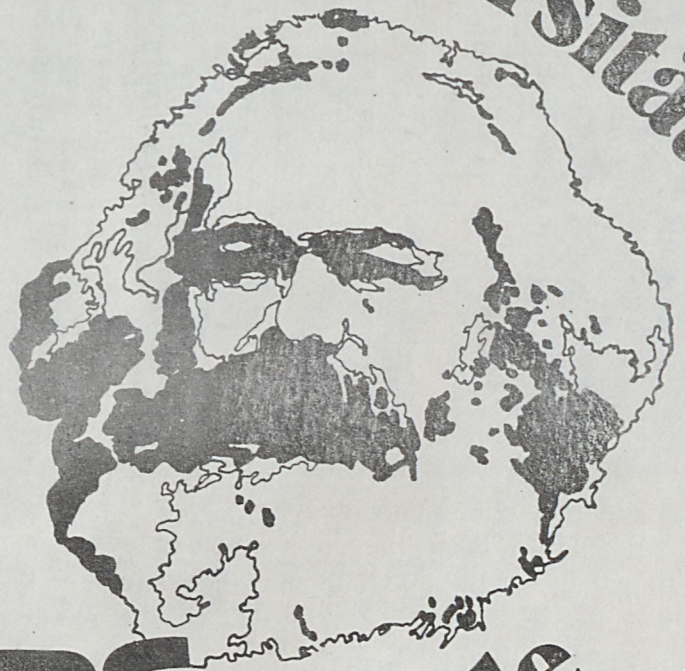
Er erhob sich ein wenig mühsam und wandte sich zum Gehen: "Ich muß zu meinem Kibbuz zurück. Man hat mir dort eine leichte Arbeit in der Hühnerfarm zugewiesen. Die Mapam* benimmt sich überhaupt ganz anständig. Ja, ja. Das ist alles, was von mir übriggeblieben ist: die Chinesen und die Mapam. Gut Schabbes!"

*Eine linke Absplitterung der Mapai

Herausgeber:
RCDS-Hochschulgruppe an der THD
Zur Konventswahl, Januar 73

Verantwortlich im Sinne des Presse=gesetzes:
Berthold Müller, 614 Bensheim, Wilhelm-Eulerstr.1
Auflage: 2000

weder Ordinarienuniversität



RCDS

noch Parteihochschule

DARUM LISTE 4 (RCDS)